Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

28 (17.1.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 28 — **77. Jahrgang.** — **Karlsruhe, Donnerstag, 17. Januar 1918** — **77. Jahrgang.** — **Abendblatt.**

Weitere Erklärungen in Brest-Litowsk.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Jan. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgefechte. Nördlich von Paschendale, an der Scarpe, bei Vendhuille und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Im Czerna-Bogen dauerte erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen

5 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Republik Turkestan.

WTB. Stockholm, 16. Jan. Das ukrainische Informationsbüro in Stockholm teilt mit: Der Rat der Nation in Kiew habe die Nachricht erhalten, daß ein außerordentlicher Kongreß der Muselmanen von Turkestan in Uebereinstimmung mit der mehrere Millionen zählenden Bevölkerung Turkestans mit Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht und gemäß den Grundsätzen der großen russischen Revolution am 23. Dezember 1917 das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bündnis mit der föderativen russischen Republik erklärt hat. Einstweilen wurde ein Nationalrat gewählt, in welchem ein Drittel der Sitze der nicht muselmanischen Bevölkerung von Turkestan zuerteilt wurde. Der Beginn der Sitzungen des Nationalrates ist auf den 15. Januar festgesetzt. Der Kongreß habe auch eine provisorische Regierung Turkestans gewählt. Die konstituierende Versammlung, die demnächst einberufen wird, soll die endgültige Form der Autonomie bestimmen.

*

Das russische Turkestan wird gebildet von einer Anzahl von Provinzen, zumeist den Stromgebieten des Amur, Syr und des unteren Ili, des Hauptzuflusses im „Siebenstromland" des Balkasch-Sees. Das ehemalige russische Generalgouvernement umfaßt etwa 1 661 619 Qkm. mit 4 896 822 Einwohnern.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 16. Jan. (Amtlich). Starker, mit allen Mitteln ausgeübter Gegenwirkung zum Trotz fielen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz unseren U-Booten 21000 Bruttoregistertonnen Handelsschiffsraumes zum Opfer. Hierbei wurde ein englischer Dampfer von mindestens 4000 Tonnen in geschickt durchgeführtem Angriffe aus besonders starker Fischdampfersicherung herausgeschossen. Die Mehrzahl der versenkten Schiffe war bewaffnet und schwer beladen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Unruhen in Spanien.

WTB. Madrid, 17. Jan. (Ag. Hav.) Die durch Teuerung hervorgerufene Unzufriedenheit nimmt im größten Teile der Provinz einen immer größeren Umfang an. An einigen Punkten ist sie beunruhigend geworden. Telegramme aus Santander, Malaga, Vanczia und Barcelona berichten über Kundgebungen, die ausschließlich von Frauen veranstaltet wurden. In Barcelona wurden über 30 Frauen beim Einsturz einer Treppe der Präfektur, die von der Menge besetzt war, verwundet. In Santander fanden Zusammenstöße zwischen Frauen und Polizei statt. In Malaga warfen über 1000 Frauen mit Steinen gegen die Häuser der Bürger. Die städt. Büros wurden beschädigt. Die Kaffeehäuser und Klubs wurden von der Gendarmerie geräumt. Die Blätter drücken die Zuversicht aus, daß die Regierung die äußerste Anstrengung machen werde, um der Lage Herr zu werden.

Argentinien und die Entente.

WTB. Buenos Aires, 17. Jan. (Ag. Hav.) Der Präsident verlas im Kongreß eine Botschaft bezüglich des mit den Gesandten Englands und Frankreichs getroffenen Abkommens und gab bekannt, daß sich Italien dem Abkommen angeschlossen habe, ferner daß England und Frankreich sich verpflichtet haben, vor dem 1. November 1918 2½ Millionen Tonnen Getreide und andere Lebensmittel zu kaufen. Der Präsident fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten zugestimmt hätten, die Ausfuhr der für Argentinien bestimmten Kohle zu gestatten. Der Gesetzentwurf verlangt von dem Parlament die Ermächtigung zur Eröffnung eines Kredites von 200 Millionen Piaster an die Regierungen von Frankreich und England. Die Nationalbank soll die notwendigen Fondes zur Verfügung stellen. Der Kaufpreis für die Lebensmittel wird auf 12,5 bis 15 Piaster festgesetzt. Die französische und englische Regierung werden bei den argentinischen Gesandtschaften in Paris und London Wertbeträge in gleicher Höhe dieses Kredites hinterlegen.

Die ungarischen Militär-Reformen.

WTB. Budapest, 16. Jan. Graf Tisza erklärte im Club der Nationalen Arbeiterpartei gegenüber den Besprechungen, die einige Blätter an seine vor einigen Tagen über die Militärreform gemachten Bemerkungen geknüpft haben, er habe mit seinen Ausführungen weder eine Kritik an dem Vorgehen der gegenwärtigen Regierung in der Frage der Militärreform üben noch der Regierung Schwierigkeiten bereiten wollen. Er habe nur der Auffassung Ausdruck geben wollen, daß alle Bestrebungen, die den König verhindern wollen, im Rahmen seines Rechtes als verfassungsmäßiger ungarischer König die alten Wünsche der Nation betreffend die Armee zu erfüllen, auf den ungeteilten und geschlossenen Widerstand der ganzen ungarischen Nation stoßen würden.

Amerikas wirtschaftlicher Eroberungsfeldzug in Rußland.

Mit der entgegenkommenden Haltung Amerikas gegenüber den Bolschewiki beschäftigt sich ein Artikel im „Dagblad" von Christiania. Dieses sogenannte Entgegenkommen wird damit begründet, daß Amerika in Rußland besonders große wirtschaftliche Interessen hat. So wurde die Insel Sachalin mit ihren großen Reichtümern an Petroleum und Kohlen letzten Sommer einem amerikanischen Finanzkonsortium überlassen. Dasselbe Konsortium bekam zur Ausbeutung mehrere metallreiche Distrikte in Sibirien, die Goldgruben im Altaigebirge und die Kupfergruben im Kaukasus in seine Hände. In diesen Unternehmungen stecken ungezählte Millionen Dollar, vielleicht sogar Milliarden.

Die Vereinigten Staaten haben von dem Augenblick an, in dem sie in den Krieg eintraten, einen umfassenden wirtschaftlichen Eroberungsfeldzug in Rußland organisiert. So wurde z. B. schon Anfang Januar ein Ring von amerikanischen Fabriken gebildet, der über ein Kapital von über 65 Mill. Dollar verfügt und der die Bodenschätze Rußlands im weitesten Umfange ausbeuten soll. Ferner wurde in Petersburg ein russisch-amerikanisches Komitee gebildet, in dem sowohl russische wie amerikanische Regierungsvertreter und Finanzmänner sitzen, dessen einziger Zweck es ist, Monopole für die Amerikaner herauszuschlagen. Außerdem ist ein amerikanisches Kapital in den großen Torfmooren im Gouvernement Moskau und in den südrussischen Kohlengruben engagiert. Ferner scheint sich Amerika sehr für die Verkehrsmöglichkeiten Rußlands zu interessieren. Gerade vor Ausbruch der Revolution wollte die Regierung der Vereinigten Staaten eine große Anzahl Eisenbahn-Ingenieure und Mechaniker nach Rußland schicken, um die Sibirische Bahn zweigleisig auszubauen. Es ist außerdem geplant, eine 1500 Werst lange Eisenbahn im Ural anzulegen. Der Zweck all dieser Unternehmungen ist wohl in erster Linie, das russische Transportwesen unter amerikanische Kontrolle zu bekommen und einen bequemen Transport der reichen Erzeugnisse der Industriegegenden an die Küste zu ermöglichen.

Bei der Erwerbung von Sachalin haben die amerikanischen Finanzleute offenbar an eine ähnliche Transaktion gedacht, wie sie seinerzeit in Alaska glückte. Amerika kaufte im Jahre 1867 Alaska von Rußland für 7 Millionen Dollar. Jetzt liefert Alaska jährlich für ca. 35 Millionen Dollar wertvolle Produkte. Von russischer Seite ist hervorgehoben worden, daß man durch die Uebertragung von Sachalin an die Amerikaner dem japanischen Einfluß in diesen Gegenden entgegenwirken wollte.

Zwei bisher unbekannte Mona Lisa-Bildnisse.

○ Trotzdem über kein Werk eines großen Malers so viel Vermutungen, Kritiken und Forschungsergebnisse veröffentlicht wurden, wie über Leonardos Mona Lisa, ist unser Wissen über dieses Bild und auch über die Person der Dargestellten noch immer nicht vollkommen und nicht frei von Trugschlüssen. Eine Bereicherung von außerordentlicher Bedeutung stellen daher die Mitteilungen über zwei bisher unbekannte, nach der Natur gezeichnete Bildnisse der Gioconda dar, die Emil Möller in den Monatsheften für Kunstwissenschaft veröffentlicht. Die beiden Werke sind von vielen Leuten betrachtet worden, unbekannt war aber bisher, daß sie niemand anders als die Mona Lisa darstellen. Das eine Bild wurde von einem Leonardo-Schüler in der Werkstatt des Meisters geschaffen, das andere ist eine zweifellos echte Zeichnung von der Hand Leonardos selbst.

Die Zeichnung des Leonardo-Schülers befindet sich als Blatt 426 in der Uffizien-Sammlung, sie wurde mehrfach besprochen, aber bisher hat noch niemand geahnt, wer die dargestellte Dame sein sollte. Die Zeichnung ist 235 : 155 Millimeter groß und mit dem Silberstift auf leicht grünlich getöntem Papier ausgeführt. Sie weist zahlreiche Uebereinstimmungen mit dem Mona Lisa-Bild auf, so ist wie auf dem Urbild der Schleierrand in der Höhe des linken Auges umgeschlagen, an der rechten Schläfe steht der Schleier vor, die Beleuchtung ist genau dieselbe, auch hier fällt das Licht von halblinks schräg von oben. Besonders bemerkenswert sind die scharfbetonten Hautfalten auf der abgewandten Seite des Halses und das Fehlen der Augenbrauen. Noch zahlreiche andere Einzelheiten führen zu dem Ergebnis, daß hier nur die Mona Lisa dargestellt sein kann. Bei der Forschung nach dem Zeichner des Blattes ergibt sich, daß es sich unmöglich um die Kopie einer Zeichnung Leonardos handeln kann, denn sonst wäre die Strichführung eine ganz andere gewesen. Außerdem hat Leonardo als Linkshänder die Stellung des Profils nach links höchst selten gewählt. Andererseits weist die frühmailändische Technik auf einen der mailändischen Schüler Leonardos aus den 90er Jahren hin.

Auf Grund mehrerer Fehler in der Zeichnung und eines Briefes des Karmeliters Pietro da Nubelaria kommt Möller zu dem Schluß, daß es sich höchstwahrscheinlich um Leonardos Lieblingsschüler, den vielgenannten, als Mensch wie als Künstler nicht gerade vollkommenen Salai handelt. Daß ein unbedeutender Gehilfe des Meisters, während der letztere eine vornehme Dame malte, eine Naturstudie derselben versuchen durfte, deutet auf ein sehr vertrautes Verhältnis zwischen Schüler und Meister hin. Auch dies spricht für die Person des Salai. Vergleicht man diese Zeichnung und Leonardos Bild, so erkennt man, daß Leonardo nur im Beiwerk seinen Erfindungsgeist und seinen Schönheitssinn spielen ließ, daß er aber in der Darstellung des Körperlichen ein bewundernswert getreues Abbild der Mona Lisa gegeben hat. Die häufige Behauptung, die Mona Lisa sei eher ein Symbol des Weibes als das Abbild einer lebenden Person, ist also hierdurch widerlegt.

Noch deutlicher läßt sich der Wirklichkeitscharakter der Schöpfung Leonardos durch Heranziehung des zweiten in Frage kommenden Bildes erkennen, nämlich des Kartons der St. Anna, der sich in der Londoner Königlichen Akademie und zwar im Saale der Diplomaten-Gallery befindet. Es fällt auf, daß die auf dem rechten Knie der Mutter Anna sitzende heilige Jungfrau im Gegensatz zu den jungfräulichen Madonnen der mailändischen Zeit Leonardos eine fraulich reife Gestalt hat. Auch hier fehlen die Brauen, fast alle körperlichen Züge aus dem Gemälde Leonardos und der oben erwähnten Zeichnung seines Schülers lassen die Mona Lisa wiedererkennen. Die Uebereinstimmungen erstrecken sich sogar auf Fältchen im Stoff des Kleides.

Hierdurch wäre auch die Zeit der Entstehung des Kartons festgestellt, nämlich das Jahr 1503, in welchem Leonardo die Mona Lisa zu malen begann. Neu ist der einzige nachweisbare Fall, daß Leonardo eine uns bekannte Person als Naturvorbild für eine Altartafel verwendete. Dies läßt wieder Rückschlüsse auf die Person der Mona Lisa zu, die demnach einen starken inneren Anteil an Leonardos Kunst genommen habe, und eine Frau von hohem körperlichem und geistigem Adel gewesen sein muß. Die Leonardo-Forschung ist also um wesentliche neue Feststellungen bereichert, die aus der Leonardo-Literatur nicht mehr gestrichen werden können.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

W. G. **Großh. Hoftheater Karlsruhe.** Das zweite Gastspiel des Herrn Bruno Schönfeld vom Deutschen Theater in Berlin als Prinz Friedrich von Homburg hielt nicht das, was das erste Auftreten des Bühnenkünstlers in Wildenbruchs „Rabensteinerin" versprochen hatte. Der Schauspieler erreichte seinen Vorgänger in der Rolle, Herrn Lütjohann, nicht. Er hatte einzelne gute Momente, so vor allem in den Szenen mit Natalie, wo er weichere Töne anschlagen konnte, aber in der Gesamtdarstellung fehlte es ihm doch an jener Kraft und Wärme, die nötig sind, um all die menschlichen und dichterischen Schönheiten herauszuheben, die Kleist in die wundervolle Gestalt des impulsiven jungen Siegers von Fehrbellin hineingelegt hat. Die große Szene der Todesangst verdarb der Künstler sich durch allzu rasches Sprechen. Die Worte überstürzten sich derart, daß das Ohr kaum zu folgen vermochte. Herr Schönfeld besitzt recht brauchbare Anlagen, die aber noch sehr der Vertiefung und der Schulung bedürfen. Ein genügender Ersatz für Herrn Lütjohann ist er heute noch nicht.

* **Kallmorgen verläßt Berlin.** Die Berliner Kunstwelt wird demnächst einen schweren Verlust erleiden; Professor Friedrich Kallmorgen, der ausgezeichnete Landschafter, verläßt die akademische Hochschule für die bildenden Künste in Berlin-Charlottenburg und Berlin überhaupt. Der Künstler, der sein Ausscheiden mit Gesundheitsrücksichten begründet, gedenkt nach Heidelberg überzusiedeln. Seit Kallmorgen von Karlsruhe nach Berlin berufen wurde, ist er eine der sympathischsten Gestalten der Berliner Kunstwelt gewesen.

Bunte Chronik.

⊙ **Aus dem Lande der nördlichsten Neutralen.** Wenn die Bewohner des Landes der Mitternachtssonne heute zu den glücklichsten Menschen gezählt werden dürfen, so haben sie dies in der Hauptsache der geographischen Lage ihres Landes zu danken, die sie an die äußerste Grenze verwies und so vor den Schrecken des Kriegführenden und vor den Unannehmlichkeiten des ebenfalls von den Kriegswirkungen betroffenen Neutralen bewahrte.

Die Finanzdebatte im Badischen Landtag.

Zweite Kammer.

11 öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 17. Jan.

Präsident Dr. Zehnter eröffnete kurz nach 9 Uhr die Sitzung. Abg. Stockinger (Soz.) teilte die Konstituierung der Ernährungskommission mit.

Dann trat das Haus in die Tagesordnung ein, die Fortsetzung der Beratung des Staatsvoranschlages (Allgemeine Debatte).

Abg. Venedey (Fortschr. Volksp.):

Die Ausführungen des Abg. Schöpfle waren ein Bruch des Burgfriedens, wie er noch nicht vorgekommen ist; Abg. Schöpfle hat den Herrn v. Payer der Bestechung beschuldigt. Er hat behauptet, Payer habe als Aufsichtsratsmitglied Schmiergelder empfangen. (Präsident Dr. Zehnter: Ich habe einen solchen Vorwurf nicht aus den Ausführungen des Abg. Schöpfle heraus gehört. Abg. Venedey blieb bei seiner Behauptung. Präsident Dr. Zehnter: Wenn der Abg. Schöpfle das wirklich gesagt hat, rufe ich ihn noch nachträglich zur Ordnung.) Abg. Venedey fortfahrend: Derartige Dinge sollten nicht vorkommen. Schöpfle hat nicht nur Payer angegriffen, sondern auch unsere Partei, den Reichstag und den Kaiser. Er hat die Demokratie als eine vaterlandslose Gesellschaft geschildert. Das Gegenteil ist wahr. Die Demokratie war in allen Ländern national. Der Staatsminister hat der Zeiten gedacht, in denen die Vorkämpfer der Freiheit verfolgt wurden. Demokraten sind damals für die nationalen Ideen eingetreten. Die Konservativen haben das Reich nicht gemacht, es ist ihnen über den Kopf hereingewachsen. Die Deutsche Fortschrittspartei hat in Preußen als erste Partei die Forderung nach deutscher Einigkeit an die Spitze ihres Programmes gestellt. Es ist nun nicht richtig, daß Demokratie und Parlamentarisierung etwas spezifisch französisches wäre. Die Demokratie ist durchaus deutsch. Schon die alten Germanen hatten demokratische Einrichtungen. Der Anwurf, daß die Demokratie etwas undeutsches wäre, wirkt für jeden Vorkämpfer für Demokratie kränkend. Die demokratischen Staaten haben sich im Kriege durchaus behauptet. Der Minister hat sich auch gegen eine weitgehende Demokratisierung erklärt. Wenn wir aber in Baden irgendwo Fortschritte erreicht haben, ist die Demokratie früher aufgestanden, als die Regierung. In der Frage der Verhältniswahl ist es ebenso. Das Proportionalwahlrecht hat die Mehrheit des badischen Volkes hinter sich. Die Einführung einer Rumpfproportionalwahl in den Städten würde lediglich dem Zentrum zugute kommen. Der Staatsminister hat gesprochen von der „bewährten Grundlage des Staatswesens". Was hat man früher nicht „bewährte Grundlage des Staates" genannt. Was jetzt sang- und klanglos verschwunden ist. So die Art, wie die Minister bisher ernannt wurden. Zu bekämpfen ist der Militarismus; dazu rechnen wir, daß sich das Offizierkorps vielfach für den Selbstzweck hält. Freidenker sind im Heere ihrer Ueberzeugung wegen nicht zum Offizier befördert worden. Derartige Dinge sollten im Volksheere nicht vorkommen. Unser Heer ist auch nicht unpolitisch. Bevorzugt werden darin die alldeutschen Richtungen und die Vaterlandspartei. Es sind mir auch Klagen über die Handhabung der Zensur zugegangen. Von einer gemäßigten Zeitung wurde mir geklagt, daß das Generalkommando die Zensur so ausübt, daß man kein freies Wort mehr sprechen kann. Zu tadeln ist es, daß auch die Briefe der in den Grenzgebieten Wohnenden einer Zensur unterliegen. Der Redner brachte eine Anzahl weiterer Beschwerden vor, polemisierte gegen die Vaterlandspartei und verlangte einen annexionslosen Frieden. Er bedauerte, daß der Abg. Dietrich der Vaterlandspartei beigetreten ist. Was uns fehlt, ist ein gesunder Idealismus; wir müssen zu dem gesunden Idealismus Schillers zurückkommen. Wir müssen zu einer Abrüstung kommen; dieser Krieg muß der letzte sein. (Beifall.)

Staatsminister Frhr. v. Bodman

stellte dem Abg. Venedey gegenüber fest, daß der Abg. Schöpfle den Stellvertreter des Reichskanzlers, v. Payer, nicht angegriffen habe, allerdings die Demokratie; als Staatsminister sei er aber nicht der Oberzensor des Hauses. Der Staatsminister rechtfertigte seine Stellungnahme zur Verhältniswahl, die überdies durchaus keine demokratische Einrichtung sei. Dann beschäftigte sich der Staatsminister mit den einzelnen Beschwerden seines Vorredners, so mit denen über die Pressezensur. Er sprach seine Freude darüber aus, daß man dem früheren Zensor Anerkennung gezollt hat. Sein Nachfolger, fuhr der Redner fort, ist der frühere Rechtsanwalt und jetzige Beamte der Karlsruher Lebensversicherungsanstalt, Hauptmann Schneider. Er ist ein Mann, der durchaus mit den badischen Verhältnissen betraut ist, er ist ein Mann, der seine politische Gesinnung durchaus von freien Gesichtspunkten leiten läßt. Die Klagen, die Abg. Venedey vorgebracht hat, werden an das Generalkommando hinübergegeben werden. Der Zwischenfall auf dem Bodensee soll nicht öffentlich erörtert werden im Interesse der freundnachbarlichen Beziehungen zu der Schweiz. Es ist auch nicht richtig, daß das Generalkommando die Leute mit einem Kanzleitroste abfertigt. Es besteht ein Zusammenarbeiten zwischen der militärischen und der Zivilbehörde, wie es nicht besser existiert. Die Fälle beim Grenzschutze bitte ich mir mitzuteilen.

Unterrichtsminister Dr. Hübsch

erklärte, die Lehrerschaft habe von Anfang des Krieges an sich bemüht, daß die Jugend in vaterländischem Sinne erzogen wird. Die Jugend soll aber nicht dahin geleitet werden, sich mit politischen Dingen zu befassen.

Abg. Wirth Zentr.):

Die Rede des Abg. Venedey war eine Ueberraschung für uns, da der Redner die Gelegenheit benützt hat, Mißtrauen zwischen uns und dem Staatsminister zu säen. Ohne die Mitwirkung der Zentrumspartei ist aber in Baden und im Reich kein demokratischer Fortschritt möglich. Herr v. Payer ist auch früher in Zentrumskreisen mit großem Vertrauen angesehen worden, er ist ein Demokrat von echtem Schrot und Korn. Daß man heute noch den Politikern nachspürt, ob sie Aufsichtsratsmitglieder sind, ist bedauerlich. Dem Staatsminister vergessen wir nicht nur das, was er früher gegen uns getan hat, sondern wir verzeihen ihm. Der Redner brachte dann verschiedene Beschwerden aus dem Schulwesen vor und verlangte eine Anweisung an die Lehrer, daß sie sich der politischen Tätigkeit enthalten sollen. Die politische Zensur hat viele Fehler gemacht. In Baden sind wir jedoch bisher gut weggekommen; es muß darauf gesehen werden, daß wir das nicht verschlechtern. Es ist bedauerlich, daß man große politische Fragen nicht hier besprochen hat, so die Frage über Mitteleuropa. Denn das mitteleuropäische Problem wird bestimmt kommen. Das Problem der Zollunion muß von großen Gesichtspunkten aus geschlossen werden. Was sich im Reiche in dem letzten halben Jahre vollzogen hat, war von dem Gedanken aus geleitet, wir müssen eine Arbeitsgemeinschaft haben, die als Basis eines großen Vertrauens gelten kann. Die Sozialdemokraten haben dabei eine Probe von Mäßigung gegeben. Wir haben das Bekenntnis Bethmann Hollwegs zum Volksstaate und „Freie Bahn jedem Tüchtigen" gehört und von dem Bekenntnis führte eine gerade Linie zur heutigen Regierung. Die Zentrumspartei lehnt jeden Versuch ab, diese Mehrheit zu sprengen. Das Verhalten der Nationalliberalen Partei im Reichstage und im Lande Baden ist nicht geeignet, das Zusammenarbeiten mit ihr zu erleichtern. Wir werden aber keine Blockpolitik treiben, sondern eine Politik des Vertrauens. Demgegenüber treibt die Hetze gegen den Reichstag entsetzliche Blüten. Der Redner wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Rebmann und führte darauf aus: Die Unterschiede zwischen der Haltung der Mehrheit vom 18. Juli und der der Nationalliberalen ist nicht sehr groß. Dann verteidigte Abg. Wirth den Reichstagsabgeordneten Erzberger und sein Auftreten in jener Sitzung des Reichstagsausschusses am 18. Juli und befaßte sich mit einem Artikel des Abg. Kolb und meinte: Unser lieber Kollege Kolb hat in den „Süddeutschen Monatsheften" sich mit der Frage „Religion und Sozialdemokratie" befaßt. Ich möchte nur wünschen, daß die Ideen, die er dort äußerte, auch von den Sozialdemokraten draußen verwirklicht werden. Das Bedürfnis für Religion muß geweckt werden. Der Redner bezeichnete die Abzweigung der Unabhängigen von der Sozialdemokratie als bedauerlich für die Arbeiterbewegung und schloß mit der Erklärung: das Zentrum ist bereit mit Ihnen — den Sozialdemokraten — die große Verantwortung in Baden zu übernehmen. (Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Strobel (Soz.)

verteidigte nochmals die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei und äußerte sich, der Abg. Adolf Geck habe heute das Vertrauen seiner Wähler hinter sich. Abg. Strobel kam in dem Zusammenhange mit seinen Auslassungen über die Vaterlandspartei auch auf die von den Unabhängigen gestörte Scheidemann-Versammlung zu sprechen und behauptete, der Mannheimer General-Anzeiger habe sich der unabhängigen Ruhestörer angenommen. Die Handhabung der Zensur ist in Baden zu scharf. Wenn man die Werbearbeit der Parteien unter den Soldaten verbietet, sollte man sie auch der Vaterlandspartei untersagen.

Abg. Dr. Koch (nat.-lib.)

will sich in den heutigen Streit der feindlichen Brüder über die Mannheimer Versammlung nicht einmischen. Bezeichnend sei aber die Auffassung von Freiheit, die aus den Ausführungen des Abg. Geck hervorgehe. Wer eine politische Versammlung abhalten wolle, müsse hierfür die Erlaubnis der Unabhängigen einholen. Der Erfolg den 200 gutorganisierte Schreier errungen hätten, sei durch die Mißstimmung, die sie bei allen redlich Denkenden gegn sich gewirkt hätten, teuer bezahlt.

Das Zensurverbot der Besprechung der Versammlung sei unverständlich. Dadurch sei nur der Eindruck hervorgerufen worden, als ob große Unruhen und Gewaltsamkeiten vorgekommen seien.

In Zeitungskreisen werde lebhafte Klage geführt, daß in den letzten Wochen die Zensur in Baden viel schärfer geworden sei zum Nachteil der Zeitungen, die dadurch gegenüber den außerbadischen, die viel freier seien, stark benachteiligt werden. Hiergegen müsse energisch protestiert werden.

Auch über die Briefzensur im badischen Oberlande werde sehr lebhaft Klage geführt, vor allem werde die Förderung der Briefe durch die Zensur ungebührlich verzögert. Die Zensur sei unvermeidlich, müsse aber dann so schonend als möglich durchgeführt werden.

Bezüglich der Rückberufung der alten Landsturmleute aus der Front seien bei uns viel mehr und berechtigte Klagen als in Bayern und Württemberg. Dies komme daher, daß unsere Badener in allen deutschen Truppenteilen zerstreut seien. Auch hier müsse Abhilfe geschaffen werden. Auch die Beschwerden, daß unsere badischen Rekruten in norddeutsche Städte eingezogen würden, wo schon die Verständigung bei der Verschiedenheit der Dialekte Schwierigkeit mache, könnten wohl unschwer beseitigt werden.

Das Kolleg des Abg. Schöpfle habe der Redner nicht ganz verstanden, Herr Schöpfle habe manchmal über den Schlußpunkt weggelesen. Herr Schöpfle habe gesagt, Tantiemen seien politische Schmiergelder und habe den Vizekanzler von Payer damit in Verbindung gebracht. Gegen eine solche Ungeheuerlichkeit müsse mit aller Schärfe Einspruch eingelegt werden. Wenn Herr Schöpfle die Eigenschaft als Aufsichtsrat als sittlich minderwertig hinstelle, anscheinend behaupten wolle, daß diese Posten nur von Juden und Liberalen eingenommen würden, so möge er doch einmal in ein Handbuch für Aktiengesellschaften hineinsehen, so werde er da außerordentlich viele Aufsichtsräte finden, die dem Bund der Landwirte oder den Konservativen angehören.

Schöpfle habe auch für eine ständische Vertretung geschwärmt, er möge doch einmal angeben, wie viel Stände er anerkennen wolle, wie er sie gegeneinander abgrenze und wie viel Abgeordnete er jedem Stand zubilligen wolle. Im übrigen sei das alte Deutsche Reich daran zugrunde gegangen, daß die Stände nur ihre eigenen Vorteile kannten und das Gemeingefühl vollständig verloren hätten. Was man aber auch in den letzten Tagen im Hause an Rechthaberei und an Versuchen den anders Dekenden als sittlich minderwertig hinzustellen, spreche nicht dafür, daß die Dinge heute anders laufen würden.

Gegenüber den Behauptungen des Abg. Venedey, daß die Reichsgründung vor allem den Demokraten zu danken sei und daß diese stets für eine starke Wehrmacht eingetreten seien, wies der Redner auf den ruhmvollen Anteil der Nationalliberalen an der Reichsgründung und auf die schweren Kämpfe um die Stärkung der militärischen Macht in den ersten Jahrzehnten des Reiches gegen die Fortschrittler hin. Abg. Venedey verwerfe auch Grenzsicherungen, wenn sie gegen den Willen der davon betroffenen Bevölkerung erfolgten. Hier entscheide aber nicht das Interesse vielleicht einiger Hunderttausende, sondern das Interesse von 70 Millionen Deutscher.

Eigenartig sei, daß ein so prinzipienfester Demokrat in Reinsucht wie es Venedey sei, dem Abg. Dietrich das Recht verwehren wolle, der Vaterlandspartei beizutreten.

Man versuche immer noch die Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli als einen Ausbund politischer Weisheit hinzustellen. Daß die nationalliberale Reichstagsfraktion anfänglich in der Entschließung mitgearbeitet habe um eine möglichst einhellige Entschließung herbeizuführen, sei ihr im vaterländischen Interesse zu danken. Der Redner habe noch nie zwei Anhänger der Entschließung gefunden, die sie genau gleich auslegten. Allerdings sei es auf der Gegenseite auch nicht viel anders und es sei zu hoffen, daß sich daher doch die Möglichkeit der Verständigung in der Erledigung der Einzelfragen ergebe, wenn man allseitig die militärische und wirtschaftliche Lage richtig in Rechnung stelle. Wir sind für eine Machterweiterung im Osten, die Form in der sie erfolgt, ist eine Frage zweiten Ranges. Es scheint, als ob wir jetzt zu einer befriedigenden Lösung kämen so sah es aber in den letzten Wochen nicht immer aus und aus diesem Grunde haben wir die Telegramme nach Berlin geschickt, die uns Abg. Wirth zum Vorwurf machte. Es macht sich eigenartig, wenn gerade das Zentrum andern politischen Parteien Vorschriften über die Wahl seiner politischen Arbeitsmittel machen will.

Die Friedensentschließung hat den einen großen Fehler, daß es grundfalsch ist, bei der Einleitung eines so schwierigen und verzwickten Geschäftes, wie es ein Friedensvertrag ist, am ersten Angebot seine günstigsten Bedingungen offen darzulegen, besonders gegenüber eines so gewandten und abgefeimten Gegners. Uns wohlgesinnte Schweizer haben nach der Friedensentschließung gesagt, entweder sind die Deutschen am Ende ihrer Kräfte, oder sie sind verrückt. Dies Urteil scheint mir richtig.

Die Vaterlandspartei ist keine Schöpfung der Schwerindustrie; eine Bewegung, die sich so unaufhaltsam im ganzen Deutschen Reiche ausbreitet, kann diesen Erfolg nur haben, wenn sie sich auf eine tiefgehende Strömung im Volke stützen kann. Das ist die Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes. Daß diese Unruhe und Sorge in so hohem Maße vorhanden ist, ist die Folge davon, daß wir, um es mit einem Wort zu sagen, keinen Zivil-Hindenburg haben. Es fehlt uns ein Staatsmann, der so das allgemeine Vertrauen genießt, wie es Hindenburg in militärischen Dingen im ganzen Volke hat. Man hat das Gefühl, daß in Berlin zu viel Strömungen durcheinander laufen und gegeneinander kämpfen. Wie sehr die Vaterlandspartei und ihre Zunahme den Gegnern auf die Nerven geht, zeigt ihr heftiger Kampf gegen sie. Abg. Wirth sucht es hinzustellen, als ob nur bedeutungslose Anhänger der Zentrumspartei der Vaterlandspartei angehörten. Das ist nicht richtig, die führende Zentrumszeitung, die „Kölnische Volkszeitung" wirkt in diesem Sinne und von den besten Leuten des Zentrums gehören der Vaterlandspartei an.

Von badischen Fragen ging der Redner noch kurz auf den Par. 137 des Schulgesetzes ein. Das Zentrum habe eine Art Tanz der Salome um die Seelen der Gegner aufgeführt. Abg. Kopf auf Gummisohlen, Abg. Schofer auf Kriegsholzsohlen, wobei allerdings der Ton etwas durch aufgenagelte Lederflecke etwas gemäßigt war. Abg. Wirth schließlich hat mit den glitzernden schillernden Schleiern seiner Beredtsamkeit um die Seelen der Sozialdemokratie gerungen. Wir sehen aber durch die Schleier hindurch und was wir da sehen, gefällt uns gar nicht. Wir lassen an dem Grundsatze der Staatsschule nicht rütteln und halten unverbrüchlich daran fest.

Das Zentrum hat sich mehr mit der Auflösung des Großblocks beschäftigt wie wir selbst. Abg. Kopf hat gemeint, wir renommierten mit der Wirkung des Großblocks, das ist nicht richtig. Seit den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts standen die badischen politischen Verhältnisse nicht mehr so im Vordergrunde der Besprechungen in Deutschland, wie in den Anfangszeiten des Großblocks. Wir haben anerkannt, daß die Sozialdemokratie bündnisfähig sei und haben das offen und ehrlich gemacht und nicht hintenherum wie das Zentrum. Wir haben es für richtig erklärt, die Sozialdemokratie zur Arbeit an dem Staate heranzuziehen und sie dadurch in den Staat hineinwachsen zu lassen. Wir haben diese Ansicht trotz aller Anfechtungen als erste in die Tat umgesetzt. Der Großblock ist gekündigt aus Gründen, die in ihrer Güte stark an Kriegsersatzmittel erinnern. Zeitungsnachrichten der letzten Tage und auch das Werben des Abg. Wirth um die Sozialdemokratie heute läßt die Kündigung in einem anderen Lichte erscheinen. Wie sich die Dinge entwickeln, wird sich zeigen. Daß aber unsere Auffassung sich im Kriege als richtig erwiesen hat zum Heile des Vaterlandes, darauf sind und bleiben wir stolz.

Abg. Hertle (N. V.)

verteidigt seinen Parteifreund Schöpfle gegenüber den Angriffen des Abg. Venedey und sagte, ich muß bestreiten, daß Abg. Schöpfle den Vizekanzler von Payer beleidigen wollte. Wir wünschen im Gegenteil Herrn von Payer baldige Genesung, damit er seinen Posten ausfüllen kann. Auch die Demokratie wollte Abg. Schöpfle nicht beleidigen, er wollte nur die Stellen treffen, die sich durch Kriegsgewinne bereichern. Ich glaube, es wurde viel aneinander vorbeigeredet. Wenn wir das weniger tun, werden wir nicht nur unserem Vaterlande, sondern auch unserer badischen Heimat nützen. (Beifall bei der rechtsstehenden Vereinigung.)

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Geck (U. S.) wurde die allgemeine Finanzdebatte geschlossen.

Abg. Venedey (F. Vp.) erklärte in einer persönlichen Bemerkung, er sei vielfach nicht richtig verstanden worden.

Abg. Wirth (Ztr.) machte gleichfalls eine persönliche Bemerkung.

Präsident Dr. Zehnter teilte mit, daß ein Antrag Rohrhurst und Genossen eingelaufen sei, der die Errichtung einer Abteilung für Land- und Forstwirtschaft an einer Hochschule des Landes verlangt.

Das Haus vertagte sich auf Freitag vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Etats des Unterrichtswesens (Berichterstatter Dr. Blum nat.l.)

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Die Lappen, von deren Leben Sophus Bonde in der bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift „Ueber Land und Meer" ein eindrucksvolles Bild entwirft, kümmern sich um keine diplomatischen Abmachungen, an keine völkerrechtlichen Vorschriften, sie durchziehen im Sommer die Täler und Hochebenen Lapp- oder Finnmarkens, sie kennen keine Grenzen, geraten bald auf norwegisches, bald auf schwedisches, und bald auf russisches Gebiet. Ihre Winterquartiere aber beziehen sie dann in den geschützten Tälern der südlicheren Gegenden. An die Stelle des Zeltes tritt hier die halb in die Erde gegrabene Erdhütte mit ihren fellbehangenen Wänden und Fellagerstätten. Während der Wintermonate beschäftigen sich die Frauen damit, die im Sommer gegerbten Felle in bezugscheinloser Freiheit zu Kleidern und Schuhen zu verarbeiten. Während die Männer Schneeschuhe schnitzen, Schlitten bauen und zur Messe fahren. Denn ein oder zwei Tagereisen von dem Lager liegt meist eine Kirche, von der schwedischen oder norwegischen Mission erbaut, wo die Paare getraut und die Kinder getauft werden, und dort erscheinen die Händler, um gegen Kaffee, Mehl, Kolonialwaren, Tabak, Munition usw. die kostbaren Bären-, Zobel- und Hermelinfelle einzuhandeln. Den Hauptbesitz der Lappländer aber bildet nach wie vor das Rennntier, von dem sie Nahrung und Kleidung beziehen. Aus der Haut verfertigen sie nicht nur Röcke und Schuhe, sondern auch Zelte, ja selbst die Gedärme werden zu Schnüren und Nähfaden verarbeitet. In Anbetracht der heutigen, Europa beherrschenden Verhältnisse sind die so primitiven Lappen in gewissem Sinne Luxusmenschen geworden, denn die Felle, in die sie sich kleiden, würden heute bei uns ein Vermögen kosten. Eine der Hauptfreuden der Lappen, die sie selbst jedoch wohl kaum zu schätzen wissen, mag aber heute darin bestehen, daß sie von Heeresberichten, von Ministerreden, offiziellen Bekanntmachungen, blauen, roten, gelben und andersfarbigen Karten nichts wissen und daß der Friede ihnen als etwas ganz Selbstverständliches erscheint.

⊙ **Die Amerikaner und die französische Gastfreundschaft.** Die meisten Franzosen scheinen der Ansicht zu sein, daß die in Frankreich gelandeten Amerikaner ausnahmslos über Millionenvermögen verfügen. So kam es kürzlich in Brest zu einem ziemlich ernsthaften französisch-amerikanischen Zwischenfall. Die amerikanischen Offiziere beklagten sich darüber, daß in ihrem Hotel ungeheuerliche Preise gefordert würden, und da der Bürgermeister keine Abhilfe schaffen konnte, verbot der amerikanische Admiral Wilson den Offizieren den Besuch dieses Hauses und ließ vor der Türe des Hotels zur Einhaltung dieses Verbots eine Wache aufziehen. In Frankreich geht man mit den Sammies auch nicht besser um. Kürzlich, so erzählt Opinion, kamen zwei amerikanische Soldaten in eine Pariser Konditorei. Sie aßen einige Kuchen und fragten: „Wieviel?" „20 Frs.", lautete die Antwort. Mit finsteren Mienen gingen die Sammies davon. Am nächsten Tage kamen sie mit 18 Kameraden, und alle 20 zusammen verzehrten gewaltige Kuchenmengen. Dann gingen sie fort. Die Besitzerin hielt den letzten an der Türe an und forderte Bezahlung. „Bezahlt haben wir bereits gestern", lautete die Antwort.

Aus dem Reich.

Der Vizekanzler.

Die „Köln. Ztg." meldet aus Stuttgart vom 15. ds.: Der Zustand des Vizekanzlers von Payer hat sich, wie wir hören, soweit gebessert, daß er voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen kann.

Dr. Stresemann und der Verband sächsischer Industrieller.

* In der am Montag zu Dresden abgehaltenen Gesamtvorstandssitzung des Verbandes Sächsischer Industrieller richtete der Syndikus des Verbandes, Dr. Stresemann, an den Gesamtvorstand die Bitte, ihn mit Rücksicht auf seine derzeitige starke politische Inanspruchnahme als Vorsitzenden der Nationalliberalen Fraktion des Deutschen Reichstags mit Beendigung des Krieges von seiner Stellung als Syndikus des Verbandes zu entbinden. Der Gesamtvorstand beschloß einstimmig, den Mitgliedern die Ernennung des Herrn Dr. Stresemann zum ersten Ehrenmitglied des Ver-

[Ver]bandes Sächsischer Industrieller vorzuschlagen und beschloß weiterhin die Zuwahl des Herrn Dr. Stresemann in den Gesamtvorstand und engeren Vorstand des Verbandes.

*

* Die Stichwahl im dritten sächsischen Reichstagswahlkreis Bautzen-Kamenz ist auf den 25. Januar festgesetzt worden.

* **Remonten.** Für 1918 wird das Kriegsministerium den Ankauf von jungen dreijährigen Remonten wiederum ausfallen lassen.

* Der württembergische Landtag wird im Laufe des Februar einberufen werden.

Aus dem Großherzogtum.

× **Mannheim**, 16. Jan. Im Oppauer Werke der Anilinfabrik stürzte ein 24jähriger Arbeiter von einem Baugerüste ab und erlitt schwere Verletzungen, denen er erlag.

Bruchsal, 16. Jan. Die größte und eindrucksvollste vaterländische Versammlung, die in Bruchsal jemals stattgefunden hat, fand am letzten Sonntag im Kaiserhofsaale statt. Dicht gedrängt saßen die Zuhörer aus allen Ständen; über 2000 fanden im Saale Platz, Hunderte mußten umkehren. Felddivisionspfarrer Kreutz aus Untergrombach, der einen kurzen Heimaturlaub hat, sprach von hoher Warte aus in glänzender Form über seine Erlebnisse in dreijährigem Frontdienst und schlug eine lebendige Brücke zwischen Front und Heimat. Wohl selten hat eine Versammlung so tiefe und nachhaltige Eindrücke von einem Redner empfangen und ist so gestärkt worden in ihrer vaterländischen Gesinnung. Jubelnder Beifall belohnte den hinreißenden Redner.

Bühl, 16. Jan. Der Privatier Ludwig Rapp hat zu Wohltätigkeitszwecken 12000 M hinterlassen. Davon sollen 6000 M für den hiesigen Armen- und Waisenfonds, 3000 M zur Unterstützung armer Erstkommunikanten von hier, 2000 M zum gleichen Zweck für Kappelwindeck verwendet werden.

Freiburg, 16. Jan. Hofrat Dr. de La Camp spendete zur Erinnerung an den 100jährigen Geburtstag seines Vaters 1000 M für die Armen.

Lehen bei Freiburg, 16. Jan. Gestern wurden hier einem Fuhrmann, der vom Kaiserstuhl kam, von der Gendarmerie ein Sack mit 60 Pfund Mehl, 2 Laibe Brot, 11 Eier und 2 Kaffeekuchen abgenommen. Die Gegenstände sollten in eine Wirtschaft in Freiburg kommen.

* **Pfullendorf**, 16. Jan. In den letzten Tagen gingen unter heftigen Stürmen solch gewaltige Massen Schnee nieder, daß der Bahnverkehr völlig stockte. Es war erst nach 24stündigem Schneeschaufeln möglich, wieder einen Zug durchzubringen. Nach den nächsten größeren Ortschaften mußte der städtische große Bahnschlitten, mit 8 Pferden bespannt, die stellenweise bis an den Hals durch die Schneeberge mußten, die Verbindung herstellen.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 17. Januar 1918.

= **Vor fünfzig Jahren, 1868,** erfolgte in Karlsruhe die Gründung des 1. badischen Realgymnasiums, die Gründung der (lateinlosen) Höheren Bürgerschule und die Errichtung einer Turnlehrerbildungsanstalt, deren langjährigem Leiter A. Maul im Jahr 1911 ein Denkmal gesetzt worden ist. Ferner fällt in die Zeit vor 50 Jahren die in Betriebnahme des Mannheimer Hauptbahnhofs, die Gründung des Coburger L. C. in Zwingenberg an der Bergstraße, die Einführung der Wanderlehrer im Großherzogtum Baden. 1868 war der Rhein freie Verkehrsstraße. Ebenfalls vor 50 Jahren, 1868, fand die erste Sitzung im neuerrichteten Handelsgericht in Mannheim statt. Die Stadt Mannheim erhielt in diesem Jahr die Genehmigung zur Erbauung der Rheintalbahn, welche 1870 eröffnet wurde.

= **Todesfall.** Nach kaum vollendetem 70. Lebensjahre ist hier der Kunstmaler Professor Carl Brünner gestorben.

= **Die Leibgrenadiere bei Cambrai.** Der Vortrag des Herrn Staatsanwalts Dr. Kuenzer, zurzeit Bataillonskommandeur im 1. Bad. Leibgrenadier-Regiment Nr. 109 hatte in der gesamten Karlsruher Bürgerschaft so großes Interesse hervorgerufen, daß sich der große Rathaussaal, wo der Vortragsabend stattfinden sollte, als viel zu klein erwies, sodaß die Veranstaltung in letzter Stunde in den geräumigeren Saal der „Eintracht“ verlegt werden mußte. Aber auch in diesem Raum konnten die Scharen der Zuströmenden nur mit Mühe untergebracht werden, sodaß Saal und Galerien bis auf das bekannte letzte Plätzchen ausgefüllt waren. Aus allen Kreisen der Bevölkerung waren die Zuhörer gekommen, um aus dem Munde eines bewährten Führers der Leibgrenadiere Näheres zu erfahren über das gewaltige Ringen bei Cambrai, das mit glänzenden Erfolgen der deutschen Waffen und des deutschen Geistes geendet hat. Kurz nach 8 Uhr traf das Großherzogspaar ein, am Eingang begrüßt von dem Oberbürgermeister Siegrist, dem Vorsitzenden des Ortsausschusses des Vereins Badischer Heimatdank; wenige Minuten nachher kam auch die Großherzogin Luise und Prinz Max. Ferner waren u. a. anwesend: Staatsminister Frhr. von Bodman, der preußische Gesandte Exz. v. Eisendecher, der Präsident des ev. Oberkirchenrats Exz. Dr. Uibel, zahlreiche Offiziere der Garnison und viele Angehörige von Mannschaften und Offizieren der im Felde stehenden Grenadiere. Der Vortragende, Herr Hauptmann d. R. Dr. Kuenzer, dessen Brust neben anderen hohen Kriegsauszeichnungen auch das Ritterkreuz des militärischen Karl Friedrich-Verdienstordens schmückt, leitete seine Ausführungen ein mit der Uebermittelung des Dankes der im Felde stehenden Leibgrenadiere an die Heimat, die mit warmer Teilnahme die Schicksale des Regiments in den langen Kriegsjahren verfolgt hat. Uebergehend zu der Schlacht von Cambrai stellte er dann zunächst fest, daß die in Karlsruhe aufgetauchten Gerüchte über die Verluste des Regiments gewaltig übertrieben waren. Wenn auch einzelne Kompanien tiefbedauerliche Verluste aufzuweisen hatten, so seien diese, gemessen an den Erfolgen, erfreulicherweise sehr gering gewesen. Unter größter Spannung der Zuhörer gab dann der Redner ein klares Bild von den Vorgängen in der Schlacht bei Cambrai. Er stellte dabei fest, daß diese Schlacht in mehrfacher Hinsicht von erhöhter Bedeutung war, einmal weil seit den Kämpfen im Oktober 1914 das Leibgrenadierregiment bei dieser Gelegenheit wieder zum erstenmal als Ganzes geschlossen vorging, dann weil das Regiment, das bisher immer gegen Franzosen zu kämpfen hatte, hier zum erstenmale Engländer vor sich hatte, und dann, weil bei Cambrai nicht im Stellungskrieg, sondern im befreienden Bewegungskrieg die glänzendsten Erfolge errungen werden konnten. Es waren packende Einzelbilder, die dann der Redner im Laufe seiner weiteren Ausführungen vor den Augen der Zuhörer entrollte. Angefangen von dem schwierigen und gefahrvollen Aufmarsch des Regiments bis zur Ablösung nach glänzender Durchführung der gestellten Aufgaben reihten sich hier die Erlebnisse des Vortragenden zu einem geistigen Filmwerk von höchster Spannung, bei dem der Siegeswille und der Siegesmut des gesamten Regiments ebenso leuchtend in die Erscheinung traten, wie die ruhmreichen Taten des Einzelnen. Eine besondere Weihe erhielten diese Kampfbilder durch die greifbar lebendige Schilderung des Redners, der nicht nur die Namen einzelner gefallener Offiziere mit wohlverdientem Lorbeer umkränzte, sondern auch in gleich begeisterten Worten die Heldentaten der Mannschaften pries, die in der Schlacht von Cambrai wieder den erneuten Beweis lieferten, daß es eben der deutsche Geist ist, der sich bisher auf den Schlachtfeldern gegen die Ueberzahl der Feinde behauptet hat und so Gott will bis zum ehrenvollen deutschen Frieden behaupten wird. Der Vortrag selbst, der mit der Wiedergabe einiger guter Lichtbilder abgeschlossen wurde, dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, daß der Siegeswille unserer Leibgrenadiere, von dem Herr Dr. Kuenzer so glänzende Beweise erbrachte, auch in der Heimat wieder erstarkt ist und daß das Dankgefühl gegen unsere tapferen Feldgrauen und deren Hinterbliebenen zum greifbaren Ausdruck kommt in der kraftvollen Unterstützung des Vereins Badischer Heimatdank, dem auch der Ertrag dieser Veranstaltung zugeflossen ist.

= **Großh. Hoftheater.** Am Montag, den 21. Januar, gelangt Henrik Ibsens dreiaktiges Schauspiel „Baumeister Solneß“ zur Aufführung. Dieses Werk mit seiner rätselvollen Symbolik, in dem der große nordische Wahrheitssucher so unerbittlich wie kaum in einem andern seiner Dramen „Gerichtstag“ hält „über sein eigenes Ich“, geht hier zum ersten Mal in Szene. Die Titelrolle spielt Paul Paschen.

= **Unfall.** Beim Reinigen eines Wasserfiebes stellte ein Bahnarbeiter den gußeisernen Schachtdeckel in die Höhe. Der Deckel wurde durch einen Windstoß zugeworfen und fiel dem Arbeiter auf den Kopf; er erlitt so erhebliche Kopfverletzungen, daß er mittelst Sanitätsautos ins neue St. Vinzentiuskrankenhaus verbracht werden mußte.

Letzte Drahtberichte.

Empfänge beim Kaiser.

WTB. Berlin, 17. Jan. (Amtlich.) S. M. der Kaiser empfing gestern S. K. H. den Kronprinzen, hörte den Generalstabsvortrag und empfing zur Meldung den Direktor im Justizministerium Dr. Bourwieg, den Unterstaatssekretär im Reichspostamt Dr. Kobelt und den Direktor im Reichspostamt Teucke.

Kriegsauszeichnungen.

WTB. Berlin, 16. Jan. Der „Reichsanzeiger“ meldet die Verleihung des Ordens Pour le Mérite an die Obersten v. Taysen und v. Selle und den Oberstleutnant v. Sydow.

Die Eröffnung des schwedischen Reichstags.

WB. Stockholm, 16. Jan. Der König hat heute den Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher er die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Neutralität sowie die Uebergangswirtschaft nach dem Kriege und das Zusammenwirken der skandinavischen Staaten besprach, das selbständig gewordene Finnland begrüßte und die Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Alandsfrage aussprach.

Türkische Handelskammern im Ausland.

WTB. Konstantinopel, 15. Jan. Den Blättern zufolge soll sich die Regierung im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Handelskammern auch mit dem Plane tragen, Handelskammern in Wien, Budapest, Berlin und Sofia zu eröffnen.

Die Fettversorgung der Schweiz.

WTB. Bern, 17. Jan. Der Bundesrat hat beschlossen, die gesamte Erzeugung, Einfuhr, Verteilung und Verwaltung der Speiseöle unter die Aufsicht des Volkswirtschaftsdepartements zu stellen und der Errichtung einer eidgenössischen Fettzentrale. Dieses hat in den nächsten Monaten die Rationierung von Fett durchzuführen, bei der vorläufig auf den Kopf im Monat 500 Gr. Fett, inbegriffen 100 bis 200 Gr. Butter, zur Verteilung kommen werden.

Kerenski.

WTB. Stockholm, 16. Jan. Laut „Rjetsch“ soll es den Bolschewike gelungen sein, Kerenski in der Wohnung eines sozialrevolutionären Stadtrates aufzuspüren. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Die neuen Angriffe der Italiener.

WTB. Wien, 17. Jan. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: **Der Kampfraum östlich der Brenta stand die ganze Nacht zum 15. Januar wiederum unter dem schweren Feuer der Italiener, das sich in den Morgenstunden bereits bis zur größten Heftigkeit steigerte. Erst am Nachmittag führte der Italiener neuerlich seine Infanteriemassen zum Sturm gegen den Monte Pertica vor. Dreimal zwischen 3 und 6 Uhr nachmittags brandeten seine Anstürme umsonst gegen unsere Stellungen. Ebenso wie hier vermochte auch in der Nacht zum 15. ein nach heftiger Beschießung unserer Linien gegen den Col del Rosso angesetzter Angriff, der bereits durch Artillerie- und Handgranatenfeuer abgewiesen wurde, keinen Erfolg zu erzielen.**

Polen.

WTB. Wien, 16. Jan. (Wiener k. k. Tel. Corr. Büro.) Gegenüber einem Vertreter der polnischen Presseagentur äußerte sich der polnische Ministerpräsident von Kucharzewski, die polnische Regierung habe wie in Berlin so auch in Wien den Entwurf einer Organisation der polnischen Armee vorgelegt, dessen wohlwollende Prüfung in Aussicht gestellt worden sei. Die Frage der Teilnehmer von Vertretern des polnischen Staates an den Friedensverhandlungen sei teilweise geregelt. Die polnische Regierung und die polnische Nation würden in der Beteiligung an den Friedensverhandlungen den Beweis des Wohlwollens der Mittelmächte und der praktischen Anwendung der bereits theoretisch anerkannten Souveränität des polnischen Staates erblicken. Was die Lösung der polnischen Frage anbelangt, so erklärte der Ministerpräsident von Kucharzewski, daß sich seit den bekannten Erklärungen des Grafen Czernin und des Reichskanzlers Grafen Hertling betr. die Zukunft Polens nichts Neues ereignet habe. Die beiden Staatsmänner hätten übereinstimmend erklärt, daß die polnische Nation selbst über ihre Zukunft entscheiden werde. Es sei eine feststehende Tatsache, daß die Habsburger Monarchie und Dynastie sich der großen Sympathie der Polen erfreuten. Es werde sich eine entsprechende Form für jene Sympathie und die gemeinsamen Interessen finden lassen. Die Vereinigung Galiziens und Kongreß-Polens sei ein inniger Wunsch der ganzen polnischen Nation.

Ostmark und Polenfrage.

WTB. Berlin, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Der Reichskanzler empfing einige Herren aus der Provinz Posen, die ihm die Ansichten und Wünsche der Kreise der Ostmark zur Polenpolitik vortrugen.

Der Fall Caillaux.

Weitere Verhaftungen.

WTB. Paris, 16. Jan. (Havas.) Comby, der in die Angelegenheit Caillaux verwickelt ist, wurde am Dienstag abend im Zimmer des Polizeikommissars, wohin er gerufen worden war, um Aufschluß zu geben, verhaftet und unmittelbar in das Gefängnis La Santé übergeführt.

Ein neuer Schweizer Gesandter in Argentinien.

WTB. Bern, 17. Jan. Der Bundesrat hat den bisherigen Chef der Abteilung für Vertretung ausländischer Interessen beim politischen Departement, de Pury zum außerordentlichen und bevollmächtigten Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft in Buenos Aires ernannt. Der neue Gesandte wird seinen Posten Ende Februar antreten. Bei dieser Gelegenheit erklärt das politische Departement eine in den französischen Zeitungen erschienene Notiz für unrichtig, nach der der schweizerische Gesandte Dinichert von Buenos Aires abberufen worden sei wegen Beziehungen zu einem fremden Diplomaten, der kürzlich Argentinien verlassen hätte. Das Departement stellte fest, daß Minister Dinichert infolge schwerer Erkrankung genötigt gewesen sei, im Herbst 1916 Buenos Aires zu verlassen. Nach seiner Wiederherstellung sei Dinichert im November 1917 der schweizerischen Gesandtschaft in Wien zugeteilt worden, von wo er am 1. Februar nach Bern zurückkehren wird, und zwar als Leiter der Abteilung für Vertretung fremder Interessen und Internierung.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

WTB. Brest-Litowsk, 16. Jan. Am 15. Januar haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen der getroffenen Vereinbarung entsprechend in die geschäftsmäßige Behandlung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter vorläufiger Zurückstellung von Punkt 1 betr. Territorien eingetreten wurde. Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst, auf die früher bereits besprochene Forderung der Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete zurückgreifend, an, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

Staatssekretär von Kühlman gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, dies jedoch nur unter der früher aufgestellten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde, daß die Staatswerdung dieser Gebiete durch diese Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde.

Herr Trotzki erklärte sich außerstande, auf die vom Redner als notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen.

Staatssekretär von Kühlmann stellte fest: Wenn es gelänge, über die Bedingungen einer bestätigenden Volkskundgebung auf breiter Basis Uebereinstimmung zu erzielen, so würden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Voraussetzung als konstituierend oder konfirmierend anzusehen sei, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Herr Trotzki gab zu, daß die Fortsetzung der Debatte auf den bisher verhandelten Gebieten wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine. Es komme in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Volksäußerung des betr. Volksteiles zu gewährleisten. Es sei daher nötig, daß sie nicht einen konfirmierenden, sondern konstituierenden Charakter erhalte.

Bei Erörterung des von Staatssekretär von Kühlmann gemachten Vorschlages für die Vornahme der entscheidenden Abstimmungen in den besetzten Gebieten, den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und wenigstens 1 Jahr nach dem allgemeinen Friedensschlusse anzusetzen, schnitt Herr Trotzki sofort die Räumungsfrage an. Er sei der Ansicht, daß die Frage der Regelung der Geschicke der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte darauf, da die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit des Wiederaufflammens des Krieges an der Ostfront bei Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten jedenfalls erheblich größer sei, so müsse er es als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Art. 2 des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes angeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß eines allgemeinen Friedens rechnet. Weitere Sicherungen als in Art. 1 vorgesehen, könnten seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauere, unmöglich aufgegeben werden.

Herr Trotzki erklärte, daß er in der Sicherung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihrem Willen die beste Sicherung gegen das Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblicken würde.

Staatssekretär von Kühlmann wiederholte, daß es unklug sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen.

Nach einer Replik des Vorsitzenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

* * *

WTB. Brest-Litowsk, 16. Jan.

Die Nachmittagssitzung wurde durch

Staatssekretär v. Kühlmann

mit folgenden Ausführungen eröffnet:

Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsere Darlegungen in irgend einer Weise einzugehen. Wir gehen zum zweiten Punkte über, der sich bezieht auf die allgemeine politische Voraussetzung, unter welcher die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage wird die sein, in wieweit die Freiheit der Abstimmung bezw. die Wahl zur ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart von Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren eine Diskussion möglich ist, sind folgende: Eine gewisse Zahl von Streitkräften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist notwendig. Ein Teil der jetzt völlig organisierten Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes aufrechtzuerhalten. Wir geben die Zusicherung, daß diese Streitkräfte in keiner Weise politisch sich betätigen und politischen Druck ausüben dürfen.

Der Vorsitzende der russischen Delegation

wandte sich wieder der Räumung des besetzten Gebietes zu, über die er sich völlige Klarheit verschaffen müsse.

Staatssekretär v. Kühlmann

erklärte, er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraums, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, die militärischen Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden. Auf eine militärische Sicherung der Ordnung könne nicht ganz verzichtet werden.

Herr Trotzki

erklärte, er müsse sich zunächst auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Bedeutung der Abstimmungen schweren Eintrag tun würde. Im engen Zusammenhang damit stehe die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge und Evakuierten in das besetzte Gebiet. Erst nach dieser Rückkehr könne seiner Ansicht nach die Abstimmung stattfinden.

Staatssekretär v. Kühlmann

gab die Berechtigung der Rückkehr zu. Die Verwaltungsbehörde müßte aber erst feststellen, welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Er bitte um die Zugänglichmachung des bei der russischen Regierung hierüber vorliegenden Materials, wozu Herr Trotzki sich bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Sir Roßlyn Wemyß.

Zum Nachfolger Admiral Jellicoes, der in seiner wechselreichen Laufbahn wieder einmal eine Phase durchlaufen hat, wurde Admiral Sir Roßlyn Wemyß zum Ersten Seelord ernannt. Den Admiral Jellicoe haben die schneidigen Angriffe der leichten deutschen Nordseegeschwader auf die Ostküste Englands (Tyne- und Themsemündung) in den letzten Wochen Kopf und Kragen gekostet. Offiziell wird englischerseits behauptet, daß der erst 58 Jahre alte Admiral in veralteten Ansichten stecke, und die Stelle deshalb durch jüngeres Blut ersetzt werden müsse. Doch glauben die Engländer diese Ausrede selbst am wenigsten.

Der neue Erste Seelord Sir Roßlyn Wemyß wurde 1864 geboren, ist also jetzt 53 Jahre alt und nur 5 Jahre jünger als sein Vorgänger. Im Gegensatz zu seinen früheren Kollegen, entstammt er nicht einer der alten adeligen Familien des Landes, die dem Vereinigten Königreich seit Jahrhunderten Feldherren und Seehelden geliefert haben. Der Name ist in der Geschichte Englands neu, wie man dem Admiral auch nachrühmt, daß er seinen raschen Aufstieg nur seinen persönlichen Fähigkeiten und seiner Tüchtigkeit zu verdanken habe. Bei dem Dardanellen-Abenteuer leitete er mit gutem Geschick die Landung der britischen und verbündeten Truppen, womit allerdings seine Tätigkeit im östlichen Mittelmeer ihr Ende gefunden haben dürfte. Als Chef einer Division soll er sich in der Seeschlacht am Skagerrak hervorgetan haben, war dann Zweiter Seelord und ist damit einigermaßen in der Versenkung untergetaucht.

Jetzt ist er der erste Berater der Regierung in Flottenangelegenheiten geworden. Er ist erster Seelord, nicht zu verwechseln mit dem Ersten Lord der britischen Admiralität, der Sir Eric Geddes ist. Der Erste Seelord trägt die Verantwortung für die Bereitschaft der gesamten britischen Flotte und hat zu seiner Unterstützung einen Zweiten, Dritten und Vierten Seelord. Dem Ersten Seelord der Admiralität hingegen unterliegt die politische Vertretung der Kriegsmarine im Parlament. Der erstere hat für die Schlagfertigkeit der Flotte zu sorgen, während der letztere sich die Beförderung, Auszeichnungen usw. seiner Untergebenen angelegen sein läßt. Oberster Befehlshaber der Flotte bleibt nach wie vor Admiral Beatty, der neben Admiral Jellicoe die Seeschlacht am Skagerrak verloren hat, aber trotzdem der Nationalheld und Abgott der Engländer geblieben ist.

Kleine Mitteilungen.

Frachtgutschiebung.

* **Berlin**, 16. Jan. Aus Ludwigshafen meldet das „Berl. Tagebl.": Hier wurde ein Offizier der Linienkommandantur verhaftet, der wiederholt Frachtbriefe für bestimmte Persönlichkeiten unberechtigt mit dem Stempel der Linienkommandantur versehen hat, um die Waren auf diese Weise der Kontrolle zu entziehen und eine rasche Beförderung sowie billige Ausnahmetarife für die Sendung zu erwirken. In die Angelegenheit sind noch mehrere Personen verwickelt.

50 000 M auf offener Straße gestohlen.

* **Berlin**, 16. Jan. 50000 M Papiergeld erbeutete in Berlin ein Dieb auf offener Straße. Gegen 3½ Uhr nachmittags hatte ein Kassenwagen der Firma Aschinger vor einem Hause der Saarbrücker Straße kurzen Aufenthalt. Nachdem der Kassenbote in das Haus hineingegangen war, öffnete ein Dieb den Wagen, stieg ein, fuhr ein Stück Weges mit, bemächtigte sich einer Geldtasche, die für 50 000 M Papiergeld enthielt, stieg unbemerkt wieder ab und verschwand mit der Beute.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle.

14. Jan.: Adolfine Glück, 75 J., Witwe von Josef Glück, Kammermusiker; Heinr. Felkel, Kaufmann, Ehemann, 63 J.; Karl Zimmermann, Aufseher, Witwer, 52 J. — 15. Jan.: Elisabeth Deck, 48 J., ledig, ohne Beruf; Luise Kübler, 24 J., Kinderfräulein; Martin Ei, Schuhmacher, ledig, 55 J.

Fett-Verteilung.

Von **Freitag, den 18. bis Montag, den 21. Januar 1918 einschließlich** wird in den

Fett-Verkaufsstellen

Nr. 126—236 a einschließlich

an die eingetragenen Kunden Fett (Butter, Kunstspeisefett und Margarine) abgegeben.

Kopfmenge 100 Gramm, gegen die Fettmarken A u. B Nr. 77.

Krankenzusatz- und F-Marken werden in den bekannten Stellen eingelöst.

Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeholt werden; nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst werden. D 8

Karlsruhe, den 16. Januar 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Gerber & Schawinsky
Kunsthandlung u. Kunstgewerbehaus
Kaiserstr. 229, Eing. Kaiserstr., Fernspr. 2041
Auswahl in gerahmten Bildern und verschiedenen Blättern, Keramiken, Plastiken.
Original-Radierungen Original-Gemälde
Künstler-Spielzeuge usw. 10278

Automobile und Elektromobile
Last- u. Personenwagen, auch defekt, sowie Teile **kauft gegen Cassa**
Auto-Reparatur, Frankfurt a. M.-West
Kurfürstenstr. 60—62. 20771

Eberhards Kochschrank
Durchhalter
ist die beste Kochkiste.
Spart Gas, Geld und Zeit — für alle Topfarten passend, sofort lieferbar. 2434

Nr. 18	20	22 u. 24	
für 3—4	5—6	6—8	8—12 Personen kochend

zu haben bei
Edmund Eberhard, Karlsruhe i. B. Ludwigsplatz.
Wiederverkäufer gesucht.

A B C Trocken-Tinte!
hervorragende Qualität, in allen Farben, nur in Wasser zu lösen. — **Vorzüge:** dickt und schimmelt nie — Federn rosten nicht — schöne Farbe — nicht giftig — kopierfähig — **sehr billig.**
Wiederverkäufer hohe Rabatte.
In Packungen von: 1/10 Lit. 1/4 Lit. 1 Lit. 4,5 Lit.
zum Preise von: **0,20, 0.50, 1.50, 5 M.**
P. Jenisch & Boehmer, Berlin O. 27, Krautstrasse 4.
Großabnehmer und Vertreter überall gesucht. 8177

Radfahrer!
Spiralfederreifen beliebteste und bewährteste Fahrradbereifung, in ganz Deutschland bekannt. Von jedermann, wie nebenstehende Figur erkennen lässt in einer Minute ohne Werkzeug aufzuspannen. **Passend für jedes Rad!**
Ohne Genehmigung darf jeder wieder sein Rad benützen.
Nur 7.75 Mk. per Stück direkt ab Fabrik geg. Nachnahme.
Verlangt kostenlos Prospekt von 8170
„Spirala," Berlin, jetzt Neue Königstr. 10
Vertreter und Händler überall gesucht.

Gelände mit Gleisanschluss
möglichst mit Gebäude und Dampfanlage zur Errichtung einer Einkochstation von Obst zu **kaufen** oder zu **pachten gesucht.**
Ausführliche Eilofferten erbittet: 8006
Heinrich Lüders, Ingenieur-Büro, Berlin W. 57
Kurfürstenstr. 13 — Nollendorf 3411.

Trauerbriefe Trauerkarten
in kürzester Frist bei billigster Berechnung in der
Badischen Landeszeitung
G. m. b. H.
Hirschstrasse 9
Telephon 400

Für sofortigen Antritt **suchen** wir einen
tüchtigen Techniker
für das Heizungsfach und allgemeinen Maschinenbau. Derselbe muß tüchtiger **Zeichner** sein. Kriegsbeschädigte nicht ausgeschlossen. Gefl. Angeb. mit Gehaltsansprüchen erbeten
Metallwerke B. Rudolph & Co., — G. m. b. H. —
Emaillier-, Schweiß- u. Stanzwerke, Allstedt S.W. 1614

Rentables Geschäft
verlegbar, **gibt ab: G. Mayenburg** in **Augsburg** G 185. Erforderlich 200 Mk. 7002

Wer National-
Kontrollkassen
verkaufen will, berichte Nummern und Preis unter 15006/II an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Reinigung der privaten Hausentwässerungsanlagen.
Wir übernehmen auf schriftlichen Antrag der Grundstückseigentümer in jederzeit widerruflicher Weise die **Reinhaltung aller zur Entwässerung von Grundstücken gehörenden Fett-, Schlammfänger und Sinkkasten.** Die näheren Bestimmungen liegen auf unserer Kanzlei, Rathaus Zimmer Nr. 99, während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf; daselbst werden auch die zur Antragstellung zu benützenden Vordrucke unentgeltlich abgegeben.
Karlsruhe, den 14. Januar 1918.
Städtisches Tiefbauamt. 01

GALERIE HOMOOS
Januar-Ausstellung
KARLSRUHER KÜNSTLER
Gemälde 1007
Graphik :-: Plastik.

Kassier-Stelle
Unsere Bezirks-Sparkasse sucht einen militärfreien, auch leicht kriegsinvaliden tüchtigen
jungen Mann,
dem in der Hauptsache die Führung der **Scheck- und Giro-Kasse** nebst deren Verrechnung übertragen werden soll. 12008
Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen und unter Bekanntgabe der Gehalts-Ansprüche alsbald melden.
Bezirks-Sparkasse Donaueschingen.

Underberg
Wahlspruch:
SEMPER IDEM.
Underberg-Boonekamp wird nur noch unter der Bezeichnung
Underberg
in den Verkehr gebracht. Die alte anerkannt vorzügliche Qualität bleibt unverändert.
H. Underberg-Albrecht
Hoflieferant Sr. Maj. d. Deutschen Kaisers, Königs v. Preussen.
RHEINBERG (Rhld.) • Gegründet 1846.
Kammerlieferant Sr. Maj. d. Kaisers v. Oesterreich, Königs v. Ungarn.